

Die Angestellten der Gemeinde Wien.

Im Wahlausruf der Christlichsozialen Partei, der den Bauern hohe Getreidepreise, den Städtern billiges Mehl verspricht, den Hausherren und den Mietern, den Industriellen und den Arbeitern die Vertretung ihrer gegensätzlichen Interessen in Aussicht stellt, ist natürlich auch ein Absatz enthalten, der die Festbesoldeten als Wähler gewinnen soll. „Die Lage der Festbesoldeten“, so heißt es in diesem Programm, „gleichviel, ob sie in privatem oder öffentlichem Dienst stehen, erfordert gebieterisch tatkräftigste Hilfe. Die Christlichsoziale Partei erblickt in einer durchgreifenden Entschuldungsaktion den ersten Schritt zur Rettung dieses Standes vor gänzlicher Profetarifizierung.“

Nun, die Gesamtheit aller Festbesoldeten hatte in diesem Kriege reichliche Gelegenheit, ganz abgesehen von der allgemeinen Wirtschafts- und Wohnungspolitik der Christlichsozialen, die Angestelltenfreundlichkeit dieser Partei gründlichst durch die Art und Weise kennen zu lernen, in der die Beamten und Arbeiter der Gemeinde Wien behandelt wurden. Welche Gruppe von Privatangestellten auch immer — waren es nun die Ingenieure, die Versicherungs- oder Bankbeamten — an die Unternehmer wegen Verbesserung der Zahlung herantrat, hatte stets dem Einwand zu begegnen, daß die Kommune Wien ja noch weit schlechtere Entlohnungen biete. Und tatsächlich sind die Zuschüsse, die die Angestellten der Gemeinde erhielten, nicht nur weit hinter den tatsächlichen Notwendigkeiten, sondern auch hinter den in gleichartigen Privatbetrieben erzielten Verbesserungen zurückgeblieben. Diese Einsichtslosigkeit hat ebensosehr die Gemeindeangestellten wie die Gesamtheit aller Angestellten geschädigt, der es natürlich doppelt schwer fiel, noch so bescheidene Forderungen kampflos durchzusetzen, wenn immer wieder der Nachweis widerspruchlos hingenommen werden mußte, daß Staat, Land und Gemeinde weit geringere Steuerzuschüsse gewähren. Aber auch vom Standpunkt der Steuerträger hat sich das System des engherzigsten Knäuserns als recht verschwenderisch erwiesen. Wenn im Jahre 1915 noch zwei- bis dreihundert Kronen hingereicht hätten, dem Angestellten die Anschaffung guter, haltbarer Kleider zu ermöglichen, so ist heute das Vielfache dieses Betrages erforderlich und die erlangbaren Stoffe sind schlechte Ersatzware.

Dabei aber wurde — und das ist wohl zu beachten — in den letzten zweiundzwanzig Jahren niemand in den Dienst der Gemeinde aufgenommen, der sich nicht auf irgend welchem Schleichweg die Protektion einer Christlichsozialen Parteigröße zu sichern wußte. Wie also diese bevorzugten, der Partei nahestehenden — nimmehre richtiger gesagt: einmal nahegestandenen — Angestellten behandelt wurden, kann allen Festbesoldeten deutlich zeigen, was sie von den Versprechungen der Christlichsozialen zu halten haben. Gewiß wird eine Entschuldungsaktion für die Angestellten nötig sein! Daß aber an der Spitze der Verschuldeten, Ausgepowerten, Herabgekommenen just die Beamten, Diener, Arbeiter der Stadt Wien marschieren, ist eine Schmach, für welche die Christlichsozialen einzig und allein die ganze Verantwortung trifft.

Sie haben es als unumschränkte Beherrscher der Gemeinde nicht bloß unterlassen, für die Angestellten, die Eingekerkerten wie die Dahergebliebenen, zu sorgen, sie haben vor allem anderen durch systematische Verfolgungen, durch bedenkenlosen Raub des Koalitionsrechtes die Angestellten seit jeher daran gehindert, im Wege des Zusammenschlusses an der Verbesserung ihrer Lage zu arbeiten. Was irgendwie nach ernsthafter Organisation aussah, wurde unterdrückt, die „Auführer“ aufs Pfahler geworfen. Bloß der kammfromme „Verein der Beamten der Stadt Wien“, der seine Hauptaufgabe darin erblickte, zu Neujahr den Stadtgewaltigen ein tiefes Buzerl zu machen, fand Gnade vor den Augen der Herren. Auch diese Herrlichkeit ist jetzt versunken! Die Angestellten der Gemeinde Wien sind aus ihrer lethargie anscheinend erwacht und gehen daran, sich gewerkschaftlich zu organisieren. Beginnen sie erst einmal, ihre Lage zu erkennen und sachlich zu prüfen, welches die Ursachen ihrer Verelendung sind, dann werden sie auch bald den richtigen Weg zur Gesamtheit aller übrigen Angestellten und mit diesen zur großen Arme aller arbeitenden Menschen finden. Dann werden sie sich von den leeren Versprechungen jener Partei nicht länger verführen lassen, die der Hauptschuldige an unserer großen Not überhaupt ist und noch im besonderen die Gemeindeangestellten während des ganzen Krieges schändlich im Stich gelassen hat, um sich ihrer mit ein paar Brosamen jetzt zu erinnern, wo die Wahlen vor der Tür stehen, die aber immer und grundsätzlich den Angestellten das skrupellos genommen hat, was das Grundrecht jedes arbeitenden Menschen, die größte Urungenschaft der Sozialdemokratie ist: das uneingeschränkte Koalitionsrecht.